

Den Worten müssen Taten folgen

Der Schutzverband Rupertiwinkel hofft auf eine Politik mit konkreten Erleichterungen

Freilassing. In der jüngsten Vorstandssitzung des Schutzverbands Rupertiwinkel wurde vor Kurzem der aktuelle Fluglärmbericht des Umweltbundesamts diskutiert. „Es geht vor allem darum, einen deutlich besseren Schutz vor Fluglärm aufgrund der neuesten Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung zu fordern. Dabei wird unter Fluglärmbelastung in Zukunft die Anzahl der Flugbewegungen verstanden und nicht mehr der alt gediente und mehrmals verurteilte Dauerschallpegel: diese Änderung charakterisiert die Situation der Anwohner im Norden durch den Salzburger Flughafen“, so Vorsitzende Bettina Oestreich.

Unterstützt werden die Forderungen des Schutzverbands ihren Angaben zufolge durch die Hinweise der europäischen Umweltbehörde auf deutlich durch Lärm

hervorgerufene erhöhte Krankheits- und Sterberaten.

Wie aus einem Pressebericht des Schutzverbands hervorgeht, war man sich im Vorstand einig, dass „die bestehende Reform des Fluglärmschutzgesetzes nicht nur um Lärminderung gehen kann, sondern eine umfassende Änderung des Luftverkehrsgesetzes nach sich ziehen muss, insbesondere bezüglich der Wirksamkeit bei grenzüberschreitenden Belastungen beziehungsweise Regelungen wie beim Flughafen Zürich und umso mehr am Flughafen Salzburg“.

Das Fluglärmschutzgesetz müsse konzeptionell geändert werden, um einen umfassenden Gesundheitsschutz der Bürger zu gewährleisten. Das Umweltbundesamt fordere eine Lärmkontingentierung in der Zeit von 6 bis 22

Uhr und Gesundheitsschutzmaßnahmen, also auch keinen regulären Flugbetrieb in der Nachtzeit von 22 bis 6 Uhr.

„Diesen Forderungen widerspricht die derzeitige Situation, dass seit Einführung des Sommerflugplans am Flughafen Salzburg fast jeden Tag mindestens ein Flugzeug nach 23 Uhr, also außerhalb der im Staatsvertrag festgelegten Betriebszeit, landet“, so Bettina Oestreich.

Die Vorsitzende stellte fest, dass auch wieder zusätzliche neue Flugverfahren zur Entlastung des Nordens veröffentlicht worden seien, die wie alle Flugverfahren zur Entlastung des Nordens seit 2012 nicht geflogen würden. Da könne die Flugsicherung Austro Control (ACG) nach wie vor machen, was sie will, ohne dass die ACG eine Aufsichtsbehörde ha-

be. Vor diesem Hintergrund hat der Schutzverband an die Bundestagskandidaten Dr. Bärbel Kofler und Dr. Peter Ramsauer einen Fragenkatalog geschickt. Unter anderem ging es dabei um die Haltung der Politiker zu den häufigen Verspätungen nach 23 Uhr, um die gerechte Aufteilung der Flugbewegungen oder auch um die Haltung zum Staatsvertrag.

„Dr. Ramsauer hat unsere Fragen im Rahmen seiner Veranstaltung in Freilassing beantwortet, Dr. Kofler leider bisher nicht, obwohl eine Antwort bis Anfang vergangener Woche zugesagt war“, so Bettina Oestreich. Der Schutzverband erwarte nach der verbalen Unterstützung durch MdB Dr. Ramsauer endlich eine Politik, die konkrete Erleichterung bringt, nachdem sich die Belastung in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat. – red